



Frühjahrsratschlag 2014

Frühjahrsratschlag 2014

29./30. März, Frankfurt am Main

Hallo liebe attacis,

dieser Frühjahrsratschlag findet am **29.3. und 30.3. in Frankfurt/Main im Studierendenhaus auf dem Uni-Campus Bockenheimer** statt, Mertonstraße 26-28.
www.asta-frankfurt.de/angebote/studierendenhaus

Er beginnt diesmal erst am **Samstagsmittag** und nicht schon am Freitag, um euch die Teilnahme zu erleichtern.

Das **Programm** für den Frühjahrsratschlag steht!

Wir haben uns bemüht, aufgrund eurer Rückmeldungen, ein spannendes Programm zu basteln.

Es wird diesmal wenig Plenum und viel Raum für eure eigenen Diskussionen und Austausch in kleinen Gruppen geben.

Als Ausdruck für die Bedeutung der **Regionalgruppen** als Basis von attac laden wir euch ein, eure **Gruppenaktivitäten vorzustellen**. Wir stellen uns das so vor: im großen Plenumsraum kann jede Regionalgruppe oder auch jede bundesweite AG eine Stellwand bestücken und/oder auf einem Tisch Materialien auslegen. Darauf können sich Fotos von eurer Gruppe und/oder von Aktionen finden, Liedtexte, Gedichte, tolle Aktionsideen, Flyer, Aktionsplakate, und was euch sonst noch so einfällt.

- **Wir freuen uns über eure Beteiligung:** Bitte um eine kurze Mail an ratschlag@attac.de bis zum 27.03., um uns mitzuteilen, was ihr an Ausstellungsfläche braucht.

Zwischendurch können darüber Gespräche stattfinden, und diese Ausstellung über eure Aktivitäten ist Grundlage für den **Austausch der Regionalgruppen über ihre Arbeit vor Ort am Sonntagvormittag**.

Als große Klammer für diesen Frühjahrsratschlag beschäftigt uns das Thema **TTIP**. Aufgrund der Dringlichkeit des Themas und des großen Interesses in den Regionalgruppen bieten wir am Samstagnachmittag die Möglichkeit, sich intensiv über die verschiedenen Aspekte von TTIP zu informieren und am Sonntag früh sich über die Weiterführung der Kampagne auszutauschen.

Wer schon genug weiß, oder sich einfach mit anderen Themen beschäftigen möchte, kann zeitgleich an **Workshops** teilnehmen wie *"30-Stunden-Woche für Europa"*, *„Energiewende“*, *"Politische Bedeutung der Solidarität mit Griechenland"*, *„Maitage und Blockupy“*, *„Neue Macht“* und *„neue Verantwortung“ – zur Außen- und Militärpolitik der großen Koalition*, *"Junge Menschen bei attac"* und *"Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen bei Attac / Reformvorschläge für die Ratschläge"*.

Als [Auftakt](#) für den Ratschlag haben wir eine **Podiumsdiskussion** gewählt, "**Ein solidarisches Europa ist nötig - oder: Wer die Macht hat, hat noch lange nicht das Recht.**"

Drei Gäste bitten wir darum, aus der Sicht des globalen Südens, der Bevölkerung im Süden und Osten Europas, bzw. derjenigen in Deutschland, die unter die Räder des privaten Profitstrebens geraten, gemeinsame alternative Projekte, aber auch Strategien zu ihrer Umsetzung zu entwickeln: **Elena Chatzimichali** (griechische Aktivistin von solidarity4all und Mitglied von Syriza), **Mag Wompe** (Labournet) und **Boniface Mabanza** (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA))

Am Samstagabend findet eine **Aussprache zur politischen Lage und zu den Attac-Hauptaktivitäten** (TTIP, Mai-Aktionstage, Blockupy, EnergiewendeAktionen etc.) mit einem Input von **Thomas Sablowski** statt.

Und am Sonntagmorgen ist noch einmal Zeit für eure eigenen Workshop-Ideen, für eine Vernetzung der Regionalgruppen oder für die TTIP-Kampagne; im Abschlussplenum werden unter anderem die bis zum 14.03. eingegangenen Anträge behandelt. **(Abgabefrist für die Anträge ist der 14.3.,** Mailadresse: ratschlag@attac.de). Die eingegangenen Anträge werden [hier](#) veröffentlicht.

Bitte meldet euch so schnell wie möglich [hier](#) an, damit wir den Ratschlag besser vorbereiten können.

Wir können diesmal leider keine Turnhalle anbieten!

Übernachtungen im Hostel sind noch bis zum 18. März bei carola.gottas@attac.de zu buchen. Es liegt unweit von Bahnhof und Uni, 6- bis 10-Bett-Zimmer, Preis pro Person inkl. Frühstück zwischen 24 und 28 €.

Achtung, bis zu diesem Datum muss auch die Zahlung bereits erfolgt sein.

Ein Hinweis: Niemand sollte dem Ratschlag aus finanziellen Gründen fernbleiben. In manchen Regionalgruppen wird es z.B. so geregelt, dass die Fahrkosten von der Regionalgruppe getragen werden.

Alle Infos und Materialien findet ihr auf dieser Seite.

Der Frühjahrsratschlag dient vor allem der inhaltlichen Fortbildung und der strategischen Beratung für das laufende Jahr sowie der Vernetzung der aktiven Zusammenhänge in Attac, der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen. Wir wünschen uns, dass dieser Ratschlag zu einer anspornenden und produktiven Diskussionskultur innerhalb von attac beiträgt, dazu ist jede und jeder von euch wichtig!

Eure Vorbereitungsgruppe

Andreas Beldowski, Carolin Franta, Jaime Timoteo-Gonzalez, Karsten Peters, Marie-Dominique Vernhes, Ralf Liebers, Sebastian Lange, Simone Ott

Samstag

11 - 12 Uhr	<i>Anmeldung</i>		
12 - 14 Uhr	Plenum „Ein solidarisches Europa ist nötig - oder: Wer die Macht hat, hat noch lange nicht das Recht“	Moderation: <i>Karsten Peters, Kerstin Sack</i> (angefragt) Podium: <i>Boniface Mabanza, Elena Chatzimichali, Mag Wompe</i>	
14 - 15 Uhr	<i>Mittagessen</i>		
15 - 17 Uhr	<u>TTIP-Fortbildung</u>	Moderation: <i>Simone Ott, Jaime Timoteo-Gonzalez</i>	Saal
	Investorenrechte	<i>Thomas Fritz</i>	
	Finanzmärkte	<i>Markus Henn</i>	
	Öffentliche Dienstleistungen	<i>Thomas Fritz</i>	
	<u>Workshops</u>		
	Pol. Bedeutung der Solidarität mit Griechenland / Vorschlag eines Troika-Tribunals	<i>Initiativgruppe zur Gründung einer Bundes AG Griechenlandsolidarität</i>	
	30-Stunden-Woche	<i>AG ArbeitFairTeilen</i>	
	Mai-Aktionstage / Blockupy	<i>Hanni Gramann, Georg Frigger</i>	
	typo3	<i>Nico Wehnemann</i>	
17 - 17.30 Uhr	<i>Kaffeepause</i>		
17.30 - 19.30 Uhr	<u>TTIP-Fortbildung</u>	Moderation: <i>Ralf Liebers</i>	Saal
	Freihandel / Meistbegünstigungsklausel	<i>Thomas Fritz</i>	
	Arbeitnehmerrechte	<i>Werner Rügemer</i>	
	Umwelt- / Verbraucherschutz	<i>Thomas Fritz</i>	
	<u>Workshops</u>		
	"Neue Macht" und "neue Verantwortung" - zur Außen- und Militärpolitik der großen Koalition	<i>Stefanie Haenisch, Thomas Mickan</i>	
	Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen: Woran soll speziell in den nächsten Monaten gearbeitet werden? Vorschläge für eine Reform der Ratschläge	<i>Marie-Dominique Vernhes, Jaime Timoteo-Gonzalez</i>	
	Think Tank: Jung, Motiviert, Attacie	<i>Jennifer Werthwein</i>	
	Und jetzt noch die Energiewende retten...?!	<i>Bernd Liefke, EKU AG</i>	
19.30 - 20.30 Uhr	<i>Abendessen</i>		
20.30 - 22 Uhr	Aussprache zur politischen Lage und zu den Attac-Hauptaktivitäten (TTIP, Mai Aktionstage EnergiewendeAktionen,...)	Input: <i>Thomas Sablowski</i> („Die aktuelle Situation in Europa und die Aufgaben von Attac“), Moderation: <i>Marie-Dominique Vernhes, Andreas Beldowski</i> Podium: <i>Hanni Gramann, Georg Frigger, Barbara Fuchs, Roman Denter oder Bernd Liefke</i>	Saal

Sonntag

9.30 – 11.30 Uhr	<u>Workshops / Gruppentreffen</u>		<u>Open Space</u>	
	Das Innenleben von Attac: Austausch der Regionalgruppen: was läuft gut, wo hapert es, welche Erfahrungen möchten wir teilen. Umgang der Regionalgruppen mit den Kampagnen	<i>AG Gruppenunterstützung, Attac Bergedorf</i>	Saal	Treffen von Bundes AG'en (bei Bedarf)
	Wie weiter mit der TTIP-Kampagne?	<i>Roland Süß</i>	NN	Auf dem Ratschlag gebildete Gruppen (bei Bedarf)
11.30 – 12 Uhr	<i>Zweites Frühstück</i>			
12 – 14 Uhr	Schwerpunktdebatte	<i>Thomas Eberhardt-Köster</i>		Saal
	Fazit	<i>Ratschlags-Vorbereitungsgruppe</i>		Saal
	Jahresabschluss 2013	<i>Finanz-AG</i>		Saal
	Anträge	<i>Moderation: Andreas Beldowski</i>		Saal

Anträge

Antrag von Attac Hamburg zu der Struktur der Ratschläge

1. Entlastung des Herbstratschlags von Delegiertenwahl oder Haushaltsberatung

Der Ratschlag möge beschließen, dass entweder die attac Delegiertenwahl oder die attac Haushaltsberatung baldmöglichst vom Herbstratschlag auf den Frühjahrsratschlag verlegt wird.

Begründung

1.
Die jährliche Haushaltsberatung muss nicht zwingend mit der jährlichen Delegiertenwahl zusammengelegt werden.

2.a
Der Herbstratschlag ist bisher von der Menge des Abstimmungs- und Diskussionsbedarfes überladen, wichtige politische Ereignisse haben zuwenig Raum und Beschlüsse dazu werden schon mal hektisch durchgepaukt, weil Delegiertenwahl und Haushaltsberatung den zeitlichen Rahmen verengen. Das oft geballte und arbeitsintensive Programm hat abschreckende Wirkung.

2.b
der Frühjahrsratschlag wird von einigen als nicht so wichtig angesehen, weil weniger wichtige Beschlüsse zu erwarten sind, und ist daher tendenziell schlechter besucht.

2. Terminierung der Ratschläge

"Der Ratschlag möge beschließen, dass der Zeitpunkt der Ratschläge auf Zeiten verschoben wird, in denen erfahrungsgemäß nicht so viele politische Aktionen stattfinden, also in der ersten Januarhälfte und im Sommer (am Besten im Anschluss an der Sommerakademie)."

Begründung:

Die aktuelle Terminierung der Ratschläge ist insofern unglücklich, als sie zu Zeiten von politischer Hochkonjunktur stattfinden.

***3. Umsetzung ***

"Eine ad-hoc Gruppe, an der /mindestens/ ein Mitglied des Kokreises, ein "nur" Ratsmitglied, ein Mitglied der damaligen Verschönerungs AG des Kokreises und einer der beiden Geschäftsführer teilnehmen, wird auf dem Ratschlag gebildet: Sie legt noch im Mai konkrete Vorschläge für die Struktur und die Termine der Ratschläge vor. Diese werden auf der Ratssitzung im Juni behandelt; eine Beschlussvorlage für den

Herbstratschlag liegt spätestens Mitte September vor."

Begründung:

Die beiden ersten Anträge geben nur die Richtung an, in der die Struktur zu verändern ist. Die konkrete Umsetzung muss noch genau erörtert werden. An der AG sollten auch Attaciers mitmachen, die ihre bisherigen Erfahrungen und Überlegungen einbringen.

Antrag der Initiativgruppe zur Gründung einer Bundes AG Griechenlandsolidarität:

Antrag über die Durchführung eines Tribunals gegen die Troika:

Gegen Ende dieses Jahres, nicht zeitgleich mit den Blockupy-Aktionen in Frankfurt organisiert Attac - möglichst im Bündnis mit anderen Organisationen - in Berlin ein Tribunal gegen die Troika.

Vollständiger Titel: **Tribunal gegen die Troika - am Beispiel
Griechenland und der Zwangsräumungen in Spanien -
– Für eine europäische Schuldenkonferenz und einen europäischen
Sozialpakt statt Wettbewerbspakt**

–

Warum Berlin?

Wir sind der Meinung, dass die Konferenz in Berlin stattfinden sollte und so groß, wie irgend möglich, um eine entsprechende öffentliche Wirksamkeit zu haben. Im Kern zielt sowohl das Tribunal, als auch die Forderung nach Schuldenkonferenz und Solidarpakt auf die politische Ebene und das heißt besonders auf die Regierung in Berlin und das Parlament. Wir befürchten, dass diese Konferenz, würde sie in Frankfurt parallel zu den Aktionen rund um die EZB durchgeführt, neben den zu erwartenden Auseinandersetzungen auf der Straße, publizistisch einfach untergehen wird und ihr Potential verschenkt wäre.

Auf diesem Tribunal sollte ein Manifest verabschiedet werden, das der Syriza-Forderung nach einer europäischen Schuldenkonferenz breite Resonanz verschaffen könnte - und das wenige Monate vor der wahrscheinlichen Regierungsübernahme - im Zusammenhang mit der Wahl des Staatspräsidenten in Griechenland. Der Anteil, den Attac an der Finanzierung zu tragen hätte, ließe sich über einen Spendenaufruf an die Mitglieder von Attac lösen: Jedes Mitglied wäre aufzufordern einmalig einen zusätzlichen Monatsbeitrag zu spenden.

Antragsteller. Initiativgruppe für die Gründung einer BundesAG Griechenlandsolidarität: Angela Mueller, Hamburg; Paraskevi Grekopoulou (Griechenlandsolidarität Hamburg), Klaus Praetor, Berlin; Gerd Bock, Bremen

Tribunal gegen die Troika - am Beispiel Griechenland und der Zwangsräumungen in Spanien –

Für eine europäische Schuldenkonferenz und einen europäischen Sozialpakt statt Wettbewerbspakt

Mit sehr großer Wahrscheinlichkeit wird Syriza, die griechische Linkspartei, spätestens im Frühjahr 2015 die Regierung übernehmen. Bei der anstehenden Staatspräsidentenwahl in Griechenland wird die notwendige Mehrheit für einen rechten Kandidaten fehlen, dann muss es laut Verfassung Neuwahlen geben. Damit eröffnet sich zum ersten Mal die Chance, die Austeritätspolitik auf höchster EU-Ebene infrage zu stellen.

Syriza fordert dann von der EU:

- **Ein Ende der Sparprogramme;**
- **Eine europäische Schuldenkonferenz: Einen Schuldenschnitt, so wie 1953 für Deutschland**
- **Einen europäischen New Deal – für die Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung im europäischen Süden.**

Es ist vorauszusehen, dass die Regierungen in der EU, voran die deutsche, das zurückweisen werden, und dass vor allem die deutsche Presse einen Aufschrei der Empörung inszenieren wird und die Verleumdung der griechischen Bevölkerung wieder massiv betreibt, wie jetzt schon vor den Europawahlen, wo die Bildzeitung titelt: „Griechen reicher als wir.“

Für die Griechen ist das Wagnis, den Konflikt mit der herrschenden EU-Politik zu riskieren, aber die einzige Alternative zu dem jetzt verordneten Elend. Ob die Druckmittel einer Syrizaregierung – die Einstellung von Zinszahlungen z.B. – für den neuen Weg reichen werden, ist nicht absehbar. Auf jeden Fall wird sich eine ganz neue Dynamik in Griechenland und anderen Ländern entfalten und die Alternativvorstellungen in die öffentliche Debatte tragen.

Somit ergeben sich ganz neue Möglichkeiten für eine europäische Solidarität. Sie ist auch notwendig, von ihr wird der Durchbruch in Griechenland mit abhängen. Wir müssen uns unserer Verantwortung stellen und uns klar machen:

Mit dem Erfolg der griechischen Alternative steht auch unsere Perspektive auf dem Spiel.

Griechenland dient für die neoliberale Schockstrategie einer radikalen Austeritätspolitik als Versuchskaninchen und zugleich als Sündenbock, auf den die Ängste und Aggressionen der verarmenden Mittel- und Unterschichten z.B. Deutschlands abgelenkt werden.

Der eigentliche Skandal, die europaweite Umverteilung von unten nach oben, wird damit aus dem öffentlichen Bewusstsein entfernt.

Deshalb ist es so wichtig, eine Gegenöffentlichkeit zu erzeugen. Wir müssen

- die katastrophalen Folgen der Troikapolitik vor allem für Griechenland sichtbar machen ,
- zeigen, dass die Austeritätspolitik die Probleme verschärft und Europa die Zukunft nimmt,
- dass einzig ein solidarisches Europa Zukunft hat, in dem die Umverteilung umgekehrt und ein Solidarpakt in den europäischen Ländern und zwischen ihnen geschlossen wird.

Augenblickliche Situation

Es gibt ein **Rechtsgutachten** des Bremer Wissenschaftlers Prof. Fischer-Lescano, das die Rechtsverstöße der Troikapolitik untersucht. Das ist großartig! Es ist nur zu wünschen, dass das Gutachten zu Prozessen vor den zuständigen europäischen Gerichtshöfen führt. Das Tribunal erübrigt sich dadurch nicht, vielmehr wird es um so aktueller: Unsere politische und humanitäre Kritik wird dadurch auch juristisch untermauert, gibt uns zusätzlich Rückenwind. Das Gutachten sollte daher auf dem Tribunal vorgestellt werden. Dazu sollten wir Prof. Fischer-Lescano gewinnen.

Den hoffentlich erfolgreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen wird das Tribunal zusätzlich Aufmerksamkeit verschaffen.

Das Tribunal geht über das Aufzeigen von Rechtsverstößen hinaus und soll viel allgemeiner auf die Öffentlichkeit wirken, als es eine juristische Anklage kann. Die sozialen und humanitären Folgen der Austeritätspolitik von IWF und EU, sowie der sie dominierenden deutschen Regierung und der willfährigen griechischen Regierung sollen dort einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. Das Tribunal würde die humanitäre Katastrophe und ihre Ursachen aufdecken: die neoliberalen Politik.

Und schließlich soll das Tribunal deutlich machen, dass es zu dieser Politik formulierte Alternativen gab und gibt, die sich in den verschiedenen Formen des Widerstands artikulieren und auf institutioneller Ebene in der Forderung bündeln:

„Europäische Schuldenkonferenz und Solidarpakt“.

Was bedeutet es für das Projekt, wenn es die Troika im Herbst nicht mehr gibt?

Auch wenn es die Troika im Herbst nicht mehr geben sollte. Die zerstörerischen Folgen ihrer Austeritätspolitik gegenüber Griechenland und anderen EU-Ländern sind da und wirken weiter. Die Politik der Troika hat die Verelendung und den wirtschaftlichen Niedergang dieser Länder extrem verschärft, indem sie die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Bevölkerungen dieser Länder abgewälzt und die der anderen Länder in Haftung genommen hat, und das alles, um die eigentlichen Verursacher auszuzahlen und so das neoliberale Finanzsystem zu retten. Diese Politik bleibt bestehen und hat weiterwirkende Folgen. Auch das müsste ein Tribunal deutlich machen.

Konkretere Vorüberlegungen zum Tribunal:

Ort: Berlin (als Sitz des mächtigsten Antreibers der Troika-Austeritätspolitik in Europa)

Zeitraum: vielleicht November 2014

Möglicher Ablauf:

Freitag Abend:

Einführungsveranstaltung, Podiumsdiskussion:

„Was haben wir mit Griechenland zu tun“?

Wie das verzerrte Bild von Griechenland und der europäischen „Hilfe“ der Rechtfertigung von Austeritätspolitik in Europa und Deutschland dient.

Samstag:

Anhörung von Zeugen zu den Auswirkungen der Verelendungspolitik;

Demonstration;

Workshops zu den theoretischen Hintergründen und zum Widerstand

u.a.: seine künstlerische Verarbeitung (Beispiele aus Film, Theater dort und hier).

Abendveranstaltung: **Podiumsdiskussion: Europäische Schuldenkonferenz und europäischer Sozialpakt**

Sonntag:

Fortsetzung der Zeugenanhörung, Plenum: Zusammenfassung von Ergebnissen,

Abschlussveranstaltung: **Perspektive des Widerstands und Formen der Solidarität**

Finanzierung: Attac, andere Organisationen, Spendenaufruf, „Sponsoren“ geschätzte 10 000 € sind viel Geld, aber wenn der politische Wille da ist, lässt sich das unserer Meinung nach stemmen. Ein einmaliger, zusätzlicher Monatsbeitrag der Attac-Mitglieder würde bestimmt schon ausreichen.

Zustimmung und Mitwirkung von griechischen und spanischen Initiativen:

Wir werden von Seiten unserer AG Kontakt zu Initiativen in Griechenland und Spanien herstellen und ihre Meinung zu dem Projekt einholen. Wichtig ist, dass wir es nicht für sie machen, sondern sie mit uns. Aber auch wir haben ein Interesse an der Infragestellung der Troika-Politik, weil sie:

- den Status quo in Deutschland zementieren hilft (samt Gesellschaftsspaltung, Export- und Wachstumswahnsinn)
- die EU mittelfristig zu zerbrechen droht, mit extremen Krisenfolgen auch für die deutsche Bevölkerung.

1. An wen wir uns wenden wollen?

1. Initiativen in Griechenland (solidarity for all) und PAH (Bewegung gegen die Zwangsräumungen in Spanien)
2. An die verschiedenen Untergliederungen von Attac,
3. An die Rosa-Luxemburg-Stiftung
3. Zum Gesundheitswesen an:
 - Ärzte ohne Grenzen
 - Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
 - Ärzte der Welt
 - Medico International
5. Amnesty International, Human Rights Watch zur Lage der Flüchtlinge, Migranten

2. Konkrete Ziele

A: Dokumentieren: Die Troikapolitik nimmt den Europäern ihre Zukunft

- **Eine politische Anklageschrift**, die der Öffentlichkeit, dem Europ Gerichtshof für Menschenrechte (?), dem EU Parlament und dem deutschen Bundestag zugänglich gemacht werden soll.
- **Ein Schwarzbuch**, das das Tribunal zusammengefasst dokumentiert.
- **Eine filmische Dokumentation**, die die Aussagen der Zeugen mit Bildern aus Griechenland und Spanien veranschaulicht.

B: Verabschiedung eines Manifests: Für eine europäische Schuldenkonferenz und einen Solidaripakt - statt Wettbewerbspakt.

- **Schuldenschnitt für die Schuldnerländer – wie 1953 für Deutschland**
- **Ende der Sparprogramme**
- **Für die Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung im europäischen Süden**
- **finanziert aus einer europäischen Vermögens- und Reichensteuer**

C: Start einer europäischen Unterschriftenkampagne für das Manifest

- **Unterschriftensammlungen im Internet und „auf der Straße“**

3. Angeklagte

1. Troika in Griechenland,
2. EU-Eingreifen (Olli Rehn) in Spanien zur Durchsetzung von Zwangsräumungen
3. Deutsche Bundesregierung
4. Griechische Regierung

Die folgenden Vorschläge haben wir noch ohne jede Kontaktaufnahme vor allem mit den Hauptbetroffenen in Griechenland und Spanien gemacht. Sie machen deutlich, wie groß die Aufgabe sein wird.

4. Gegenstand der Zeugenaussagen, der theoretischen Aufarbeitung, der Überlegungen zu Widerstand unserer Solidarität und Perspektive

A: Zeugenaussagen zu Folgen der Austeritätspolitik:

1. Humanitäre Katastrophe:

Troikapolitik verursacht Todesfälle, physische und psychische Erkrankungen, Hunger, Zwangsräumungen, Obdachlosigkeit, Gewalt und Rassismus usw.

2. Entrechtung des griechischen Volkes:

Troika als verkappte Diktatur

3. Konkretisierung auf folgend Politikfeldern

Gesundheit

Arbeitsmarkt

Bildung

Privatisierung

Zwangsräumungen (Spanien), Besteuerung der Immobilien (Griechenland)

Auswirkung auf Sozialsystem (Familien), Frauen

Auswirkung auf Wirtschafts/Produktionsstruktur

Migranten, Rassismus, Faschistische Bewegungen

B: Aufarbeitung der Ursachen

Kernelemente der Troikapolitik

Die Rolle der Bundesregierung

Die Rolle der griechischen Regierungen

Wer ist Nutznießer dieser Politik

Perspektiven dieser Politik

C: Welche Alternativen zu dieser Politik in Griechenland, Spanien... gibt es?

Widerstand gegen diese Politik:

Träger, Formen, Ziele

D: Welche Aufgaben stellen sich für uns?

- Welche Solidarität mit Griechenland und den Südländern ist möglich und notwendig? Wie kann sie organisiert werden?
- **Europäische Schuldenkonferenz und Sozialpakt, Unterschriftenkampagne**
- internationale Aktionen: **Blockupy**, europ. Streiktage
- Bedeutung von **Griechenlandsolidaritätsgruppen** und ihre Vernetzung

D: Sachverständige Zeugen:

1. VertreterIn von Solidarity for All
2. VertreterIn aus griechischen Krankenhäusern, solidarischen Kliniken
(Alexis Benos, Professor für öff.Gesundheit, Thessaloniki Aristotle University)
3. VertreterIn von Ärzte ohne Grenzen, medico internat. oder Ärzte der Welt
4. VertreterIn von Zwangsraumungsopfern aus Griechenland
5. VertreterIn des Komitees der Hypothekenopfer (Spanien)
6. Präsidentin der andalusischen Autonomieregierung Susana Diaz Pacheco
7. Sonja Mitralias, Vertreterin der griechischen Frauen gegen Austerität (Greek Women Against the Debt and the Austerity Measures)
8. VertreterIn von Migranten und griech. Flüchtlingshilfe, amnesty international
9. Oberbürgermeister von Thessaloniki (Zerschlagung von Selbstverwaltung, Wasserprivatisierung), Gewerkschafter (water workers union) George Archontopoulos, Theodoros Karyotis (Initiative 136) und Aktivist gegen Goldmine
10. Opfer von Konzerngewalt (Widerstand gegen Goldmine)
11. Vertreter von Arbeitslosen (Jugendliche)
12. Gewerkschaftsvertreter
13. Kostas Vaxevanis (Veröffentlichte die Lagard-Liste)

E: Sachverständige Wissenschaftler, Politiker

1. Alexis Tsipras (Syriza)
2. Stuckler, Bassu (Body Economic)
3. Ökonom James Galbraith, Yanis Varoufakis (Heiner Flassbeck, Steffen Stierle, Elmar Altvater)
4. Rechtsanwälte (Deutschland: A. Fischer-Lescano Bremen, Frankreich, Griechenland, ...) Keith Ewing (GB)
5. Vertreter von Griechenlandsolidaritätsgruppen

Vorbereitungsgruppe für eine BundesAG Griechenlandsolidarität: Angela Müller, Hamburg; Paraskevi Grekopoulou, Hamburg; Klaus Praetor, Berlin,;Gerd Bock , Bremen

Antragsteller: attac Leipzig, 07.03.2014

Antrag an den Frühjahrsratschlag von attac

Unterstützung BUKO36: „Um Räume kämpfen: Recht auf Bewegungsfreiheit – Recht auf Stadt“

1. Der Ratschlag von Attac beschließt die Unterstützung und Bewerbung des 36. Kongresses der Bundeskoordination Internationalismus, der vom 29.5. - 1.6.2014 in Leipzig unter dem Titel "Alle oder nirgends! - urban struggles and freedom of movement" stattfindet.

2. Der Ratschlag von Attac Deutschland unterstützt den Antrag von attac Leipzig an die Finanz-AG, aus dem Gruppentopf eine finanzielle Unterstützung für die Erstellung von Druckerzeugnissen (Plakate/Flyer/Programmheft etc.) des BUKO36 zu erhalten. Diese soll - je nachdem wie die finanziellen Möglichkeiten von attac es zulassen - eine Summe in der Höhe zwischen 100 bis 1000,- Euro betragen.

Zur Vorgeschichte und zum Hintergrund:

Attac Leipzig ist gemeinsam mit anderen Gruppen an der Vorbereitung und Ausrichtung des 36. BUKO beteiligt. Im Vorbereitungskreis haben wir uns bereit erklärt das Anliegen im Sinne des Anschreibens welches anhängt, sprich Bewerbung, inhaltlichen Mitgestaltung des Kongresses sowie bei Möglichkeit auch eine finanzielle Unterstützung in attac hineinzutragen.

Wir hatten bereits auf der Sitzung des attac Rats im November 2013 darüber informiert und angekündigt, dass wir auf der nächsten Sitzung zur Unterstützung einen Antrag einbringen werden. Dazu haben wir das Schreiben des BUKO Vorbereitungskreises an den attac Rat auf der Februarsitzung als Antrag eingebracht. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, dass der BUKO ein „anderes Netzwerk“ wäre und man nicht gegenseitig voneinander Gelder beantragt. Wir finanzieren aber damit nicht ein „anderes Netzwerk“, so wie es auf der Ratssitzung von den Gegnern der Unterstützung vorgebracht wurde, sondern einen Kongress, welcher wichtige Akteure zusammenbringt und Ort der Vernetzung ist.

So konnte der Eindruck entstehen, dass sich attac Deutschland inhaltlich vom BUKO distanziert. Dies möchten wir auf jeden Fall vermeiden, da wir den Kongress und die BUKO für eine rundum wichtige und mit den Zielen von attac vollkommen im Einklang stehende Veranstaltung bzw. Organisation halten.

Der Antrag ist deshalb bewusst getrennt in die beiden Unterpunkte

1. ideelle Unterstützung (mit Bewerbung etc.) und
2. finanzielle Unterstützung.

Auch die finanzielle Unterstützung halten wir für wichtig, da sie sich zum einen in einem für attac Deutschland leicht zu meisternden Rahmen bewegt und zum anderen die Durchführung des BUKO-Kongresses wesentlich davon abhängt. Wir schlagen als Gegenfinanzierung die Kürzung des Gruppenaktionstopfes um den entsprechenden Betrag vor, da die Finanz-AG des Kokreises Bedenken gegen einen im bisherigen Budget nicht enthaltenen Finanzantrag geäußert hatte und der Topf vermutlich nicht ausgeschöpft werden wird.

Zur Information ist das Anschreiben des BUKO-Vorbereitungskreises nochmals angehängt.

Solidarische Grüße,

Attac Leipzig



BUKO36 : 29.5. - 1.6.2014 in Leipzig Um Räume kämpfen: Recht auf Bewegungsfreiheit – Recht auf Stadt

12. Februar 2014

Liebe Attac-Aktive,

wir freuen uns, dass ihr euch vorstellen könnt, den BUKO36 zu unterstützen. Wie ihr wisst, findet der Kongress vom 29. Mai – 1. Juni 2014 in Leipzig statt.

Wir möchten euch hier einen Überblick über den Stand der Vorbereitungen, einige allgemeine Informationen zum BUKO-Kongress sowie unsere Vorstellungen von einer möglichen Unterstützung durch die bundesweiten Attac-Strukturen als Diskussionsgrundlage vermitteln.

1. Zum Stand der Vorbereitungen

Derzeit bereiten wir das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen vor, welches an diesem Wochenende stattfinden wird, konkretisieren in Arbeitsgruppen die Schwerpunktthemen 'Recht auf Stadt' sowie 'Migration und Rassismus', sind auf der Suche nach geeigneten und kostenminimal nutzbaren Räumlichkeiten für den Kongress, finden Wege und Möglichkeiten der Finanzierung und Versorgung und treffen weitere infrastrukturelle Vorbereitungen.

Die lokale Vorbereitungsgruppe umfasst derzeit ca. 10-15 Aktive aus unterschiedlichen gesellschaftskritischen Gruppen und Zusammenhängen (Häusernetzwerk, Attac Leipzig, Prisma usw.) und trifft sich nach Bedarf ca. im zweiwöchentlichen Rhythmus.

Zur bisher diskutierten inhaltlichen Ausrichtung des Kongresses wurde folgender Kurzauftrag verfasst:

Um Räume kämpfen: Recht auf Bewegungsfreiheit – Recht auf Stadt

Ob innerhalb der wachsenden Metropolen oder an den Außengrenzen Europas: Die scheinbar klar umrissenen Räume unserer Gesellschaft werden permanent umkämpft und in Frage gestellt. Gewaltsamer Ausschluss der „Überflüssigen“ und Einschluss der Verwertbaren, Kontrolle und Grenzziehungen definieren die Räume, in denen wir leben. Doch dies bleibt nicht unhinterfragt: Die Kämpfe um Stadt und die Kämpfe um Bewegungsfreiheit fordern die bestehende Logik von Verwertung und Ausbeutung massiv heraus. Auf dem BUKO 36 in Leipzig wollen wir diese Entwicklungen und Kämpfe näher beleuchten und nach möglichen Perspektiven fragen.

Wir bleiben alle!

Die Spaltung in boomende Zentren und abgehängte Randbezirke, urbane Sicherheitsregime und rassistische Kontrollen auf der einen Seite, sowie Proteste gegen steigende Mieten, die Verdrängung Marginalisierter und die Privatisierung des öffentlichen Raums auf der anderen Seite machen deutlich: Die Stadt ist als Raum, als Konzept und als Idee umkämpft – und das nicht nur im europäischen Kontext. Wir fragen nach den konkreten Strategien der neoliberalen Transformation der Stadt, nach städtischer Konkurrenz und Krise, aber auch nach widerständiger Praxis: Wie kann eine breitere Vernetzung zumeist lokaler Widerstandsformen erreicht werden? Was ist das über Grenzen verbindende Element der verschiedenen Bewegungen? Wie kann Solidarität mit Marginalisierten im urbanen Raum aussehen?

Right to stay and right to go!

Das Recht auf Bewegungsfreiheit nehmen sich jeden Tag unzählige Menschen auf der ganzen Welt. Europa setzt alles daran, die als überflüssig geltenden abzuwehren: Sei es durch die Militarisierung der Außengrenzen, durch Frontex, Eurosur, Helikopter und Drohnen, oder durch militärische Kooperation mit den nordafrikanischen Staaten. Zehntausende starben allein in den letzten 20 Jahren bei der Flucht übers Mittelmeer. Isolationslager, Kriminalisierung und Abschiebung warten auf die Mehrheit derjenigen, die es nach Europa „schaffen“. Derweil mobilisieren nicht nur in Berlin-Hellersdorf, Leipzig und Duisburg „ganz normale“ Bürger_innen oft gemeinsam mit militanten Neonazis gegen Flüchtlinge und Migrant_innen und können dabei mühelos an herrschende rassistische Diskurse anschließen.

Gleichzeitig erlebt der Widerstand gegen diese Zumutungen einen Aufschwung: Lampedusa-Proteste in Hamburg, bundesweite Refugee-Märsche, aber auch Proteste in Italien und Griechenland, sowie der Widerstand der Abgeschobenen in Mali stellen die Frage nach einer transnationalen Vernetzung und einer solidarischen Praxis, die auch die postkoloniale Verfasstheit unserer Welt reflektiert.

2. Ziele der BUKO

Die BUKO (Bundeskoordination Internationalismus; früher: Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) wurde 1977 als Dachverband von Eine-Welt-Gruppen, internationalistischen Initiativen, Zeitungsprojekten und Läden gegründet. Ihr gehören über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, Solidaritätsgruppen, Welt-Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte sowie 100 Einzelpersonen an. Die BUKO versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten und vernetzt dabei die BUKO-Kampagnen, Arbeitsschwerpunkte und Arbeitszusammenhänge, die aus entwicklungspolitischer und politischer Arbeit hervorgegangen sind. Sie müssen dabei nicht in der BUKO-Struktur aktiv sein. Seitdem richtet sie jährlich einen Kongress aus, der sich in den vergangenen Jahren zu einer zentralen Plattform auch für allgemein politisch interessierte Menschen entwickelt hat. An den letzten Kongressen nahmen jeweils zwischen 500 und 800 Menschen teil.

Der Kongress ist ein Ort für Debatte und Austausch linker Bewegungen. Er dient der inhaltlichen Diskussion, Positionierung und dem Austausch zwischen Menschen, Gruppen und Projekten, die über den bundesdeutschen Tellerrand hinausblicken wollen. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische Politik und Aktion stehen im Vordergrund. Der Kongress schafft Räume für Diskussionen innerhalb von sozialen Bewegungen und gibt immer wieder neue Impulse für die Entwicklung eines zeitgemäßen Verständnisses von Internationalismus. Dabei

arbeitet die BUKO an der Vernetzung innerhalb, aber auch zwischen den Bewegungen. Letzteres wird umso wichtiger, je mehr gesellschaftliche Probleme das Zusammenrücken unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteur_innen erfordern.

Der BUKO ist ein Mitmachkongress, der von politisch Aktiven ehrenamtlich organisiert wird. Für die Kontinuität sorgt das Büro in Hamburg. Ansonsten gilt das Prinzip der Selbstorganisation und der lokalen Verankerung.

3. Organisation und Methoden des Kongresses

Die Organisation des internationalen Kongresses wird zum Großteil von Ehrenamtlichen und politisch interessierten Menschen geleistet, was den besonderen Charakter des Kongresses ausmacht. Wie die Teilnehmer_innen und Organisator_innen des BUKO aus unterschiedlichen sozialen Bewegungen kommen, so ist auch der Kongress für unterschiedliche thematische Zugänge offen. In Leipzig kümmert sich eine Gruppe von etwa einem Dutzend Aktiven um die lokale Vorbereitung. Unterstützt wird dieser Prozess von der BUKO-Geschäftsstelle und einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe. Die Vorbereitung ist also immer schon Teil eines gemeinsamen politischen Verständigungsprozesses, an dem sich verschiedene Positionen und Zugänge schärfen können. Durch die Einbindung von Ehrenamtlichen und auch jüngeren Aktivist_innen bleibt die BUKO selbst Teil von Bewegungen und »in Bewegung«.

Methodisch orientiert sich der Kongress an einem interaktiven und emanzipatorischen Ansatz. Die Methoden verstehen sich nicht als lehrende, sondern als gemeinsame. So wird es keine reinen Vorträge geben, sondern meist Workshops veranstaltet. Diese sollen den Raum und die Zeit für Diskussionen und gegenseitige Anregungen geben. Jede_r kann etwas zum Kongress und Wissen des anderen beitragen. Wir versuchen keine Bildungshierarchien zu entwickeln, sondern eben diese aufzubrechen. Daher sind das Herzstück des Kongresses auch die vielfältigen Workshops, die meist zwischen 15-25 Teilnehmer_innen haben.

Um einen Eindruck vom Charakter und Umfang des Kongresses zu bekommen, lohnt sich ein Blick auf die BUKO-Homepage, auf welcher die Kongresse der letzten Jahre dokumentiert werden: <http://www.buko.info/buko-kongresse/>

4. Bisherige Unterstützer_innen und Mitveranstalter_innen

Bisher haben sich bereits folgende Gruppen und Institutionen als Mitverantwortliche für den BUKO36 bereit erklärt:

- anti-atom-plenum, Berlin
- StudentInnenRäte der HTWK Leipzig sowie der HGB Leipzig
- ATTAC Leipzig
- Rosa-Luxemburg-Stiftung

5. Finanzübersicht

Die Veranstalter_innen erwarten für den dreitägigen Kongress ca. 400-500 Teilnehmer_innen, diese werden sich u.a. aus entwicklungspolitischen- und antirassistischen Gruppen und Personen (bundesweit), Multiplikator_innen der entwicklungs- und sozialpolitischen Bildungsarbeit, Studierenden und Lehrenden der angrenzenden Universitäten und Hochschulen sowie einer allgemein interessierten Öffentlichkeit zusammensetzen.

Vor dem Hintergrund eines international ausgerichteten und emanzipatorischen Kongresses wird in der Finanzplanung einer möglichst offenen Teilnahmestruktur Rechnung getragen – Teilnehmer_innen und Referent_innen können Reisekostenunterstützung beantragen und haben die Möglichkeit auf eine kostenfreie Unterbringung. In der Kostenplanung machen die Eigenbeiträge dennoch ca. 40% der Einnahmen aus und werden durch Unterstützer_innen und Förderwerke ergänzt. Eine Veranstaltungsreihe mit der Zielstellung einer möglichst umfangreichen Vorbereitung der beiden Kernthemen ist angedacht.

Kosten	Soll	Einnahmen	Soll
Posten	€	Posten	€
1. Fahrtkosten TN	800,00	1. Teilnehmer_innenbeiträge	10.000,00
2. Fahrtkosten TN international	2.000,00	2. Beiträge Essen	5.000,00
3. Fahrtkosten Referent_innen	2.500,00	3. Mitausrichter_innen	1.000,00
4. Honorare (Orga, Referent_innen)	2.500,00	4. Rosa-Luxemburg-Stiftung	5.000,00
5. Verpflegung	6.000,00	5. Anträge	
6. Unterbringung	2.000,00	Hans-Böckler-Stiftung	1.000,00
7. Porto und Büro	800,00	Stiftung Umverteilen	1.000,00
8. Veranstaltungen im Vorfeld	2.600,00	Bewegungsstiftung	500,00
9. Druckkosten	4.000,00	Betr. Unterstützungsanfrage	800,00
10. PR	1.200,00	Eigenbeiträge Leipziger-Gruppe	3.000,00
11. Kultur	2.000,00	Lokale Geldgeber_innen	500,00
12. Sonstiges	2.100,00		
Summe	27.500,00 €		27.500,00 €

6. Unsere Vorstellungen bzgl. einer Unterstützung durch Attac

Grundsätzlich wäre es natürlich eine große Unterstützung, wenn ihr den BUKO36 über eure breiten Netzwerke bei der Bewerbung des Kongresses begleitet. Wir haben uns aus verschiedenen Gründen überlegt, den Kongress schwerpunktmäßig über digitale Medien zu bewerben und von einer Beilagenzeitung wie in den letzten Jahren abzusehen. Allerdings wird es Flyer, Plakate und Aufkleber geben, die wir euch zur Weiterverteilung und Ankündigung zusenden werden. Darüber hinaus könnt ihr euch gern an der inhaltlichen Mitgestaltung des Kongresses in Form von Beiträgen und Workshops, die sich mit den gesetzten inhaltlichen Schwerpunktthemen befassen, beteiligen.

Doch, der BUKO wäre kein BUKO, wenn es nicht immer auch an finanziellen Möglichkeiten fehlen würde, hier ist uns jeder kleine und große Attac-Beitrag willkommen. Vor dem Hintergrund eines international ausgerichteten und emanzipatorischen Kongresses wird in diesem Jahr in der Finanzplanung einer möglichst offenen Teilnahmestruktur Rechnung getragen – Teilnehmer_innen und Referent_innen können Reisekostenunterstützung beantragen und haben die Möglichkeit auf eine kostenfreie Unterbringung. Derzeit laufen Anfragen bei verschiedenen Stiftungen; jedoch ist die Finanzierung bei Weitem noch nicht vollständig gesichert. Eine Möglichkeit für eine Beteiligung durch Attac könnte in diesem Kontext z.B. in einer Druckkostenunterstützung von 800,- bis 1.000,- € bestehen.

Selbstverständlich sind wir auch gespannt, welche Formen der Unterstützung ihr euch darüber hinaus vorgestellt habt bzw. vorstellen könnt? Wir freuen uns, von euch zu hören!

Mit herzlichen Grüßen aus Leipzig,
die lokale Vorbereitungsgruppe des BUKO36

Kontakt: buko_leipzig@buko.info

Mehr Infos: www.buko.info

Verein zur Förderung entwicklungspädagogischer Zusammenarbeit
Ev. Darlehnsgenossenschaft eG Kiel
BLZ: 210 602 37 --- Kto.: 234 389
Gläubigeridentifikationsnummer für SEPA-Lastschriften: DE25ZZZ00000022314

Bei Überweisungen aus dem Ausland:
IBAN DE 64 2106 0237 0000 2343 89
BIC bzw. SWIFT GENODEF1EDG

Vorschlag für ein zivilgesellschaftliches Hearing zu TTIP und CETA

Wir schlagen die Durchführung eines Hearings zu den Abkommen der EU mit den USA und Kanada vor, an dem sowohl WissenschaftlerInnen als auch Abgeordnete der im Bundestag bzw. im Europaparlament vertretenen Fraktionen teilnehmen sollen. Das Hearing sollte per Livestream von jedem Bürger, besser noch per öffentlich-rechtlicher Übertragung (z.B. Phönix), verfolgt werden können. Wir zielen auf die deutsche Öffentlichkeit und die deutsche Politik ab. Deshalb soll das Hearing in Berlin stattfinden.

Da von Attac bereits auf die Bedeutung von CETA hingewiesen und die Wichtigkeit unterstrichen wurde, auch dieses zum Thema zu machen und zu kommunizieren, sollen im Hearing jeweils Fragestellungen, Aspekte und Beispiele aus beiden Abkommen herausgegriffen werden. Insbesondere soll mit dem Hearing auch die Chance genutzt werden, deutsche PolitikerInnen vor der Abstimmung über das CETA-Abkommen im Bundestag und Bundesrat zu informieren.

Warum ein Hearing?

- Die TTIP-Befürworter scheuen nichts mehr als Transparenz und Öffentlichkeit und sie stellen diese immer nur so weit her, wie ihnen dies aufgrund öffentlichen Drucks unvermeidbar erscheint. Dann stellen wir halt diese Transparenz her, so viel, wie wir können.
- Die Parlamente (die nationalen wie das der EU) sollen nicht wirklich mitwirken können, sondern nur einem von beamteten Bürokraten verhandelten Gesamtergebnis ihre Zustimmung oder Ablehnung mitteilen können. Das ist eine Verhöhnung der Demokratie. Die Parlamentarier selbst werden das nicht ändern können, aber wir!
- Obwohl uns (der Öffentlichkeit und den Parlamentariern) so viel Informationen wie nur eben möglich vorenthalten werden, sind wir keineswegs ahnungslos. Seit ihrer historischen Niederlage in Seattle 1999 versuchen die Freihandelsbefürworter Profitinteressen der Global Player über bilaterale Abkommen der USA und der EU mit Drittstaaten durchzusetzen. Das TTIP ist nur ein Baustein dieser strategischen Kriegsführung, aber eben ein besonders wichtiger. Etliche WissenschaftlerInnen haben die diversen bilateralen Abkommen bereits gründlich ausgewertet. Sie können aufzeigen, welche Formulierungen in den bilateralen Abkommen regelmäßig eine Wohlstandsentwicklung in den unterlegenen Staaten verunmöglichen, Ressourcen und biologische Vielfalt bedrohen, souveräne Handlungsoptionen von demokratisch gewählten Parlamenten und Regierungen einschränken.

Die Ideenskizze für die Durchführung eines Hearings:

Wir übermitteln den Parteizentralen Fragen aus etwa vier Themenclustern mit der Bitte, zu jedem je einen Experten der deutschen EU-Fraktion oder dem Bundestag zu benennen, der die Fragen auf dem Hearing beantwortet. Wir, die Veranstalter, benennen zu jedem Cluster zwei WissenschaftlerInnen, die die SprecherInnen der Parteien in einem freundlich geführten Kreuzverhör mit Gegenfragen konfrontieren.

Die Ausarbeitung der Fragen erfolgt durch eine Workgroup, in die NoTTIP-Bündnismitglieder ein bis zwei Personen entsenden können. Sie legen auch den Ablauf des Hearings fest, formulieren die Fragencluster und nehmen die Auswahl der wissenschaftlichen „Anwälte“ vor.

Arbeitsgruppe NoTTIP-Aktionen von Attac Berlin

Ein möglicher Ablaufplan :

Es könnte mit einem Impulsreferat (20-30 Minuten) beginnen, in dem von einer WissenschaftlerIn ein Überblick über die Entwicklung der ca. 200 Freihandelsabkommen von USA und EU gegeben wird. Warum sind beide so wild auf den Abschluss dieser bilateralen Vereinbarungen? Welche Auswirkungen hatten sie auf die beteiligten Volkswirtschaften? Welchem „Strickmuster“ folgen die Verträge, was sind die Knackpunkte? Evtl. auch rechtl. Auswirkungen der völkerrechtlichen Verträge (Verbindlichkeit, Kündbarkeit) und Auswirkungen Investitionsschutz.

Mögliche Fragecluster sind :

1. Völkerrechtliche Bindungswirkung, Folgen für die nationale Gesetzgebung, Investor-State-Disputes und Schiedsgerichte, Schadensersatzforderungen und -zahlungen, Auswirkungen auf Bewertungsstandards (Vorsorge- oder Schadenschadensnachweisprinzip), Stand-Still-Klausel, Regulierungsverbote.
2. Auswirkung einer vollständigen Marktöffnung auf die Branchenentwicklung in den Bereichen Handel, Dienstleistung, Bildung, Gesundheit.
3. Verbraucherrechte, Sozialstandards und Sozialgesetzgebung, Mindestlohn und Tarifverträge
4. Datenschutz und geistiges Eigentum, Patente (z.B. auf Saatgut)
5. Umwelt, Klima, Ressourcenverbrauch, Artenvielfalt
6. Landwirtschaft, Ernährung
7. Beeinflussung der Daseinsvorsorge durch drohende Privatisierungen (Wasser- und Energieversorgung, Schulen, Weiterbildung, Universitäten, Gesundheitswesen)
8. Regulierung oder De-Regulierung der Finanzmärkte, Auswirkungen auf Steuereinnahmen und die Staatsverschuldung
9. Wirkung auf die Praxis des öffentlichen Beschaffungswesens und die kommunale Selbstbestimmung bei der Auswahl von Versorgungsbetrieben und diversen Dienstleistern.

Als roter Faden könnten sich auch die unter 1. und 2. genannten Aspekte jeweils durch die anderen Themencluster ziehen, so dass dafür kein eigener Block mehr gebraucht wird.

Das sind schon einige Themenkapitel zu viel, und Euch werden gewiss noch weitere einfallen oder oder vielleicht plädiert Ihr für eine etwas andere Struktur. Es ist aber auch nicht unsere Absicht, hier ein fertiges Konzept vorzulegen. Das wollen wir erst mit Euch zusammen entwickeln.

Vier Themenblöcke halten wir für machbar, wenn wir das Hearing auf einen Tag begrenzen wollen. So könnten wir nach dem Impulsreferat am Vormittag noch zwei Themenblöcke (2 Stunden) und am Nachmittag weitere zwei Blöcke behandeln. Vorstellbar ist aber auch, das Hearing auf zwei Tage auszuweiten. Von der Bedeutung des Themas her, wäre das durchaus angemessen.

Kosten:

Für die entstehenden Kosten (für Raum, Reise- und Übernachtungskosten, Bewerbung) wären Gelder aus dem Kreise der Veranstalter zu akquirieren. Insgesamt wird versucht, möglichst kostengünstige Lösungen zu finden (bsp. ein kostenfreier bis -günstiger Raum).

Zudem gehen wir davon aus, dass die wissenschaftlichen ExpertInnen auch ohne Honorarzahlung mitmachen werden und wir nur ihre Reise- und Übernachtungskosten tragen müssen. Bei einer Durchführung in Berlin gehen wir davon aus, für die Politiker nicht einmal für diese Kosten aufkommen zu müssen. Gleichwohl brauchen wir auch für diese Punkt eine Workgroup, die möglicherweise für die weiteren organisatorischen Arbeiten und die Medienarbeit verantwortlich zeichnen könnte.

Welcher Zeitraum wäre der richtige für ein solches Hearing?

Arbeitsgruppe NoTTIP-Aktionen von Attac Berlin

Wir plädieren für Ende Juni.

Ein zweitägiges Hearing könnte man an zwei aufeinanderfolgenden Tagen oder aber an zwei aufeinander folgenden Samstagen stattfinden lassen. Das erscheint deshalb machbar, weil die WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen nicht an beiden Tagen, sondern nur zu ihrem Thema anwesend sein müssen.

Nächste Schritte

Wir können die Idee nur in einem starken Bündnis weiterverfolgen. Daher sollte sie am 13.02.2014 beim TTIP-Unfairhandelbar-Bündnistreffen vorgestellt werden. Bei ausreichendem Interesse könnte man dann bspw. zwei Workgroups (eine zur Festlegung der Struktur des Hearings, zu den Clustern, der Auswahl der anzusprechenden WissenschaftlerInnen und für die Frageformulierungen, eine zweite zu Finanzen, Organisation und Medienarbeit) zu bilden. Sehr bald müssten wir unsere Medienkontakte durchforsten und vor allem schauen, ob jemand von Euch oder aus dem Bündnis belastbare Kontakte zu bei den öffentlich-rechtlichen Sendern tätigen Journalisten (z.B. Phoenix, Arte, Deutschlandfunk) hat, um sie frühzeitig mit ins Boot zu holen. Die TAZ oder den FREITAG als Medienpartner gewinnen zu können, wäre wohl auch ein Gewinn.

Neue ATTAC Forderung zu Finanzmarktregulierung:
Mindesthaltefrist 2 Jahre statt Finanztransaktionssteuer

Probleme der Finanztransaktionssteuer:

1. Die Finanztransaktionssteuer macht **Geschäfte mit dem schwerkriminellen Schneeball-System** der Finanzmärkte, wo nicht erwirtschaftete Gewinne, sondern gedrucktes Notenbankgeld umverteilt wird. Oder sind die 30 Dax-Unternehmen letztes Jahr um 25% und die im S&P abgebildeten US Unternehmen um 32% wertvoller geworden, denn um soviel sind diese beiden Indizes 2013 gestiegen?
2. Das billige Notenbankgeld erzeugt schon jetzt hohe **Inflation** dort wo Spekulanten mit einer Knappheitssituation Kasse machen können: Aktien (Anzahl begrenzt), Wohnraum in Ballungsgebieten, Land und Rohstoffe. Wenn ein Teil dieses Geldes durch die Finanztransaktionssteuer seine elitären Kreislauf verlässt und in den Konsum begrenzter Güter geht, wird es auch die allgemeine Inflationsrate zwangsläufig erhöhen. Das heißt, wenn nach den Reichen jetzt auch die Armen von einem Finanzmarkt des gedruckten Geldes profitieren sollen, wird es nicht funktionieren, denn man könnte ja gleich das Geld für Armutsbekämpfung einfach drucken.

Lösung:

Die **Finanztransaktionssteuer** würde zwar einen geringen Teil der inflationären Geldschwemme an den Finanzmärkten zurückholen, würde aber nur an den Symptomen, nicht an den Ursachen ansetzen. Deswegen soll die **Finanztransaktionssteuer** auf ihren ursprünglichen Zweck, die **Devisenmärkte beschränkt** werden, während der Missbrauch der Aktienmärkte durch Zocker mit einer **2-jährigen Mindesthaltefrist** minimiert werden soll, wie sie 2013 bei offenen Immobilienfonds eingeführt wurde. Vor 20 Jahren war die durchschnittliche Haltedauer einer Aktie 4 Jahre, heute sind es 22 Sekunden (Rainer Voss, <http://www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=41999>). Unternehmensfinanzierung muss für Jahre, nicht für Sekunden planbar sein. Die Haltedauer würde zwar auch durch die **Finanztransaktionssteuer verlängert, aber vermutlich nicht auf Jahre.**

Alleinstellungsmerkmal für ATTAC:

Jetzt wo fast alle für die Finanztransaktionssteuer sind, ist ATTAC, dessen Name darauf basiert, dagegen, weil die **Bereicherung** an den Finanzmärkten exzessive Ausmaße erreicht hat, die offensichtlich nur durch die **Geldschwemme der Notenbanken**, nicht durch Produktivitätsfortschritt, möglich ist, und somit einem kriminellen **Schneeballsystem** gleicht. Niemand hat bisher eine Mindestholdedauer von 2 Jahren für Aktien gefordert, wie sie für Immobilienfonds aktuell geworden ist.

Norbert Steinmüller, attac Nürnberg
steinmue@web.de

Bürgerversicherung: Steuerfinanzierung wäre einfacher und solidarischer

Begründung:

Die Bürgerversicherung ist zwar solidarischer als die derzeitigen Sozialabgaben, aber unsolidarischer als ein steuerfinanziertes System für Grundrente und Gesundheit, weil bei der Steuer im Unterschied zur Sozialversicherung erst oberhalb des Existenzminimums und dann aber progressiv zu bezahlen ist. Alle Parteien im Bundestag sind sich einig, dass Einkommens**umverteilung** nicht in die Sozialversicherung, sondern **nur** in das **Steuersystem** gehört. Im jetzigen staatlichen Gesundheitssystem erhält aber jeder die gleiche Versorgung, egal ob der den geringsten oder den höchsten Beitrag gezahlt hat. Auch bei der Rente erhält jeder der auf Grundsicherung angewiesen ist, den gleichen Betrag, so dass seine eingezahlten Beiträge verschenktes Geld waren. Außerdem ist bei der Rente unsinnig, dass Geringverdiener, die schon jetzt nicht genug zum Leben haben, gezwungen werden für ihr Alter vorzusorgen. Für Einkommen oberhalb des Existenzminimums bis zur Beitragsbemessungsgrenze kann das Rentensystem bleiben wie bisher. Der **demographische Wandel** sollte aber nicht über die Rentenkasse, sondern **über die Steuer ausgeglichen** werden, weil bei geringerer Kinderzahl Steuern für Kindergeld, Bildung und Arbeitslosigkeit gespart werden.

Zusammenfassung der Vorteile:

Einfachere Verwaltung, da ein Steuersystem für alle Einkommen vorhanden ist, während die Bürgerversicherung für Kapital- und Mieteinkünfte eine Verwaltung erst aufbauen muss.

Schafft Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich, denn das Risiko einer Neueinstellung wird für Arbeitgeber geringer, wenn sie nicht sofort Sozialabgaben zahlen müssen, sondern erst, wenn sie tatsächlich Gewinn erwirtschaftet haben.

Demokratischer, denn in einer Umfrage für das Hamburger Magazin "stern" wünschten sich **75 Prozent der Bundesbürger eine steuerfinanzierte Grundrente**.

Steuerfinanzierung ist kein riskantes Experiment, sondern funktioniert schon lange im Gesundheitssystem in vielen Ländern (**Skandinavien, Großbritannien, Italien, Kanada**) und in Dänemark auch bei der Rente.

Arbeitszeitverkürzung wird aufgrund des vollkommen steuer- und abgabenfreien Existenzminimums steuerlich noch mehr und flexibler begünstigt als durch die starre Minijobregelung, die überflüssig wird.

ATTAC kann als Erster diese Reform eines Sozialsystems aus Bismarks Zeiten anstoßen, die wegen zunehmender Arbeitsverlagerung in Billiglohnländer und Altersarmut sowieso kommen muss.

Norbert Steinmüller, attac Nürnberg
steinmue@web.de

Antrag:

Eine neu zu bildende Arbeitsgruppe soll Vorschläge erarbeiten, wie sich ein verbesserter "Offener Diskurs" innerhalb des PLURALISTISCHEN NETZWERKES ATTAC Deutschland zwischen den verschiedenen politischen Strömungen bzw. Spektren praktisch gestalten lässt und auch Vorschläge erarbeiten, durch welche Massnahmen

1. alle Strömungen ihrem Gewicht entsprechend intern und extern zur Geltung kommen können

2. noch mehr Transparenz der Entscheidungsfindungen durch Aufdeckung ungewollter informeller Strukturen möglich wird

Eine professionelle Organisations - Beratung wird weiterhin vorgeschlagen und auch dieser Vorschlag zur Abstimmung vorgelegt.

Begründung :

2 Beispiele, die zeigen, dass es Veränderungsbedarf gibt:

1. Zu "Schon mal abschalten?!" Wie können klimaschädliche Industriebereiche beendet werden?

Das scheinen die VeranstalterInnen in einer besonderen Art und Weise verstanden zu haben.

Die VeranstalterInnen, die EKU - AG von Attac, die AG Jenseits des Wachstums, Powershift und BUKO (Arbeitsschwerpunkt gesellschaftliche Naturverhältnisse) der Tagung am 8. März in Hannover :

verlangten von PressevertreterInnen im Vorhinein ihre Aufnahmegeräte "schon mal abzuschalten".

Auf einer öffentlichen Veranstaltung!!

Gut es wurde nach einem Hin und Her erlaubt, die vorbereiteten Vorträge mit zu schneiden,

aber die Diskussionen, Diskurse usw. nicht!!

Ein Grund kann nur sein, dass es sich um RedakteurInnen der Online-Zeitung "SCHATTENBLICK" handelte.

Schattenblick berichtet äußerst gut recherchiert und ausführlich über Aktionen des Zivilen Ungehorsams.

Darüberhinaus steht Schattenblick für eine konsequent herrschaftskritische Sichtweise.

Die engagierten Menschen von SCHATTENBLICK hatten bis zum 8.3. wirklich sehr gut recherchierte

75 - fünfundsiebzig - Beiträge (Umwelt Ticker Wald) zum Widerstand im Rheinischen Braunkohlerevier, vor allem zu der Wald- (und Wiesen-) BESETZUNG des HAMBACHER FORSTES gebracht.

2.

Auf dem Attac-Ratschlag Nov. 2012 in Köln gab es folgenden Vorfall :

Im Rahmen der Debatte bzgl. der "Umverteilen - Kampagne" wurde auf Vorschlag vorne vor dem Podium eine Arbeitsgruppe gebildet, die ein "Abstimmungsfreies" Papier zur Attac - Umverteilungs-Kampagne 2013 verfassen sollte und dies auch tat.

Ich meldete mich genauso spontan für diese Gruppe wie die anderen auch.

Ich versuchte in dieser Gruppe meine Position und die Position von Peter Grottian in das Papier mit einfließen zu lassen, was aber von den anderen "eher reformistischen" Vertretern in dieser Gruppe abgelehnt wurde, obwohl Peter Grottian und ich vorher einen Workshop zu "Zivilem Ungehorsam" mit ca. 35 TeilnehmerInnen durchgeführt hatten.

Weitaus die meisten Attacis in unserem Workshop waren der Meinung, dass Attac auch im Rahmen der Umverteilungskampagne "Zivilen Ungehorsam" leisten sollte. Ebenso erhielt sowohl Peter Grottian als auch ich für unsere Plädoyers für Zivilen Ungehorsam im Plenum relativ viel Beifall. BeobachterInnen sprachen von mindestens einem Drittel der Anwesenden, die zustimmend Beifall klatschten.

Emilio Alfred Weinberg

Bemerkungen dazu:

1. Wir - die bei Attac Engagierten - sind nur glaubwürdig, überzeugend und andere "berührend und bewegend", wenn wir mit "offenem Visier" auftreten - und nichts zu verbergen haben. Ich persönlich stehe für die Strömung der "Betonung der Notwendigkeit des ZIVILEN UNGEHORSAMS und für eine sozialökologisch herrschaftsfreie Gesellschaft einer solidarisch, regionalen und selbstverwalteten Ökonomie"."

Plenum am Samstag 12-14 Uhr

Ein solidarisches Europa ist nötig - oder: Wer die Macht hat, hat noch lange nicht das Recht

„Geeint verändern statt getrennt scheitern“. Drei Gäste bitten wir darum, aus der Sicht des globalen Südens, der Bevölkerung im Süden und Osten Europas bzw. derjenigen in Deutschland, die unter die Räder des privaten Profitstrebens geraten, gemeinsame alternative Projekte, aber auch Strategien zu ihrer Umsetzung zu entwickeln.

Den alten Gegensatz zwischen den reichen Ländern des Nordens und dem globalen Süden gibt es immer noch – trotz der wachsenden Bedeutung der Schwellenländer; gleichzeitig entsteht innerhalb Europas eine an den Kolonialismus erinnernde Rollenverteilung zwischen den reichen Ländern des Nordens und Staaten des Südens wie Griechenland, Spanien oder Portugal – und des Ostens wie Rumänien.

In der Diskussion mit Boniface Mabanza, Elena Chatzimichali und Mag Wompele wollen wir der Frage nachgehen, welche Akteure in Südeuropa, im globalen Süden und in der EU mit welchen Interessen die Strippen ziehen und mit welchen Strategien die Zivilgesellschaft gegen eine Politik vorgeht, die Verarmung, ökologische Zerstörungen, Negierung demokratischer Grundsätze und Krieg bedeutet.

Wir werden u.a. fragen: Welche Rolle spielt die EU in den Ländern südlich der Sahara? Welche Auswirkungen haben Freihandelsverträge auf die Länder des globalen Südens? Welche sind die Entscheider der Austeritätspolitik? Das (griechische) Parlament? Die Troika? Was sind die nächsten Herausforderungen in Europa? Und welche Möglichkeiten haben wir hier, diese Politik zu ändern?

Moderation: *Karsten Peters, Kerstin Sack*

Boniface Mabanza, Heidelberg, ist Literaturwissenschaftler, Philosoph und Theologe und stammt aus Kimbongo in der DR Kongo. Er arbeitet seit 2008 bei der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg.

Elena Chatzimichali ist eine der KoordinatorInnen von Solidarity4all in Griechenland und Mitglied von Syriza.

Mag Wompele, Bochum, ist Journalistin und betreibt mit zwei Mitstreitern das Internetportal LabourNet.de, das mit Blick auf die Arbeitswelt gesellschaftliche Veränderungen durch Gegeninformation und eigene Aktionen fördern will.

Workshops Samstag 15 – 17 Uhr

Workshop der Initiativgruppe zur Gründung einer Bundes AG Griechenlandsolidarität

Thema: **Die politische Bedeutung der Solidarität mit Griechenland**

- Aufklärung tut not: Das Griechenlandzerrbild wird genutzt um die Austeritätspolitik mehrheitsfähig zu halten.
- konkrete Kontakte zum Widerstand in Griechenland aufbauen und organisatorisch absichern (Solidaritätsgruppen)
- vorbereitet sein auf die Regierungsübernahme von Syriza - wahrscheinlich im Frühjahr 2015, wenn die fehlschlagende Wahl des Staatspräsidenten zu Neuwahlen in Griechenland führen wird.
- organisieren eines Tribunals gegen die Troika Ende dieses Jahres zeitversetzt zu Blockupy und in Berlin

Blockupy 2014: Europa, die Krise und der Widerstand

Blockupy, das ist der dringend nötige, ungehorsame Massenprotest gegen Verarmungspolitik und Demokratieabbau der Troika.

- Wie treffen sich Troika und TTIP?
- Gibt es einen Zusammenhang zwischen Krise, Troika und TTIP?
- Wie weit sind die Vorbereitungen für Blockupy 2014?
- Welche Ergebnisse hat die Aktionskonferenz vom 23.3.?
- Wie können Attacies sich einbringen?

Hanni Gramann, Georg Frigger

30-Stunden-Woche für Europa (AG ArbeitFairTeilen)

Wohin soll die Reise gehen? Was ist die positive Zukunftsvision, mit der Attac für eine post-kapitalistische Welt werben kann?

Ein wichtiger Hebel, an dem sich die Machtverhältnisse ausdrücken, sind die Arbeitsbedingungen und die gesellschaftliche Verteilung der Zeit.

Neben den für dieses Jahr geplanten Regionalkonferenzen u.a. in Hamburg und München, arbeitet die bundesweite Arbeitsgruppe „Arbeit Fair Teilen“ von Attac Deutschland zurzeit intensiv an einer Kampagne 30-Stunden-Woche für Europa.

Kampagnenforderung ist die Verkürzung der kollektive Norm-Arbeitszeit von 40 auf 30 Stunden pro Woche. Bei vollem Lohn und Personalausgleich.

In dem Workshop wollen wir kurz unsere Begründung für die Kampagne ausführen. Wir wollen uns auf Kernforderungen einigen.

Für das geplante Bündnis als Grundlage stellen wir den Bündnistext-Entwurf vor: Zu dem Gründungstreffen Ende Juni 2014 laden wir groß ein, und etliche Organisationen haben bereits zugesagt. Im August wollen wir damit an die Öffentlichkeit treten, für den Herbst ist eine Aktionswoche im Gespräch.

Lasst uns über eine neue Definition des Arbeitsbegriffs, über die Abkehr vom Wachstumszwang und die Verkürzung der Vollzeit auf eine 30-Stunden-Woche diskutieren. Lasst uns als lokale Aktive vernetzen und ein schlagfertiges Bündnis organisieren!

Mehr Material gibt es hier:

<http://www.attac.de/ratschlag/fruehjahrsratschlag-2014/programm/workshops/>

Workshops Samstag 17.30 – 19.30 Uhr

Und jetzt noch die Energiewende retten...!?

Anfang April will Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel seine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) im Kabinett beschließen lassen. Die Folgen wären: Fast alle Kohlekraftwerke bleiben für die nächsten 20 Jahre am Netz, neue Stromtrassen durch die Republik werden u.a. für diese gebaut, der Ausbau der Erneuerbaren Energien wird gedeckelt und modelliert zugunsten der finanzkräftigen und großen Konzerne.

Nach hoffentlich kraftvollen dezentralen Energiewende Demos am 22. März (attac ruft auf und unterstützt) wollen wir über die aktuelle Lage und mögliche Interventionen von attac diskutieren.

Moderation: Bernd Liefke, EKU-AG

Für mehr Infos:

<http://www.attac-netzwerk.de/ag-eku/startseite/>

(etwas runterscrollen: dort ist der Aufruf zur Energiewende Demo 22. März, der auch über die Gruppenlisten ging)

Junge Menschen in Attac

Infotext:

Wie steht es um die jungen Menschen in Attac? Wie sind sie integriert?

Was sind ihre Interessen und Schwerpunkte? Wie können wir es schaffen gemeinsam an einem Strang zu ziehen?

Diesen und noch viele weiteren Fragen möchte dieser Workshop angehen.

Nach einem kurzen Einstieg in die Thematik werden wir gemeinsam zentrale Punkte rund um die Arbeit von Attac mit jungen Menschen herausarbeiten.

Anschließend diskutieren wir über mögliche strukturelle Schritte und inhaltliche Ausrichtungen um letztendlich die Frage zu beantworten, was Attac für junge Menschen attraktiv macht und welche Strukturen es in unserer Organisation bedarf um langfristig motivierte Menschen einzubeziehen?

Info zur Moderatorin:

Jennifer ist 21 Jahre alt und studiert an der Universität Mannheim Philosophie und VWL.

Seit dem letzten Herbststratschlag ist sie für die Organisation GRÜNE JUGEND im Attac

Koordinierungskreis und arbeitet dort in den beiden Unter-AGs Pressearbeit und Fundraising mit.

Ihr politischen Schwerpunkte liegen vor allem in Demokratie, Wirtschaft und Welthandel.

Wenn Sie mal nicht mit Politik beschäftigt ist oder für Veranstaltungen unterwegs ist, macht sie gerne Sport.

„Neue Macht“ und „neue Verantwortung“ – zur Außen- und Militärpolitik der großen Koalition

Auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar erklärten Bundespräsident Gauck, Verteidigungsministerin von der Leyen und Außenminister Steinmeier einmütig, es sei an der Zeit, dass Deutschland mehr Verantwortung übernehme, auch militärisch.

Attac lehnt eine weitere Militarisierung der Gesellschaft ab. Die Bilanz der NATO-Einsätze ist verheerend. Nur mit einer Wirtschafts- und Außenpolitik, die auf soziale Gerechtigkeit, nachhaltige Entwicklung und Demokratie orientiert, ist Frieden möglich.

Wir diskutieren in dem Workshop über brennend aktuelle Fragen:

- Geht es beim Ukraine-Konflikt um Freiheit und Demokratie oder um Geopolitik und Geostrategie? Welche Rolle spielt die deutsche Politik in dem Konflikt?
- Warum ist die Bundeswehr immer wieder international im Einsatz?
- Warum können deutsche Rüstungsfirmen Milliarden mit dem Tod verdienen?
- Was meint der Slogan „Der Krieg beginnt hier“?
- Welche Kampagnen für ein friedliches Europa kann Attac unterstützen?

Wir laden Euch herzlich ein. Beteiligt Euch an der Diskussion!

Thomas Mickan, Politikwissenschaftler, Informationsstelle Militarisierung Tübingen (imi)

Stefanie Haenisch, Diplom-Soziologin, Gründungsmitglied der Attac-AG Globalisierung und Krieg

Barbara Fuchs, Attac Berlin und Attac AG Globalisierung und Krieg

Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen: woran soll speziell in den nächsten Monaten gearbeitet werden? Vorschläge für eine Reform der Ratschläge

Marie-Dominique Vernhes, Jaime Timoteo-Gonzalez

In diesem Workshop geht es um das Innenleben von attac Deutschland:

In einer ersten Phase sammeln wir die Erfahrungen und Vorschläge der TeilnehmerInnen: was läuft gut bei den Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen, was sollte besser werden - was sollte vielleicht auch ganz anders werden.

Frühere Überlegungen ("Verschönerungs-AG") werden vorgestellt.

Wir werden dann versuchen, uns auf einige wenige Veränderungen zu konzentrieren und deren Umsetzung vereinbaren.

In einer zweiten Phase werden wir uns über die vielfältigen Überlegungen zu einer Reform der Ratschläge austauschen und insbesondere den Antrag von attac Hamburg zu den Ratschlägen besprechen.

Ein ausführlicher Vorbereitungstext findet sich hier:

<http://www.attac.de/ratschlag/fruehjehrsratschlag-2014/programm/workshops/>

Workshop Sonntag 9.30 – 11.30 Uhr

Das Innenleben von attac: Austausch der Regionalgruppen: was läuft gut, wo hapert es, welche Erfahrungen möchten wir teilen. Umgang der Regionalgruppen mit den Kampagnen

Beim Herbstratschlag im Oktober letzten Jahres hatte die Regionalgruppe Bergedorf einen Antrag gestellt, der u.a. Folgendes enthielt:

(...) Durchführung eines Wochenendtreffens mit Vertreter_innen möglichst vieler Regionalgruppen, mit dem Ziel, die Regionalgruppen zu stärken (...)

Genau an diesem Punkt möchte unser WS ansetzen.

Er richtet sich an Aktive in den verschiedenen Regionalgruppen, um in einen produktiven Erfahrungsaustausch zu kommen.

Schwerpunktmässig soll es um die Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Kampagnenarbeit und um die mangelnde Kommunikation zwischen den Regionalgruppen gehen.

Dabei sollen die unterschiedlichen Probleme angesprochen werden und nach Möglichkeit schon erste Lösungsvorschläge erarbeitet werden.

Am Schluss unseres WS möchten wir darüber sprechen, wie wir diesen Erfahrungsaustausch verstetigen können und zu einem festen Bestandteil zukünftiger Ratschläge werden lassen können.

Finanz AG des KoKreises

Input Haushaltssituation 2013 / 2014 für den Frühjahrsratschlag

1.

Wir freuen uns, dass wir es geschafft haben, die Zahlen zum Haushaltsjahr 2013 und zur aktuellen Haushaltssituation diese Woche fertig zu bekommen und nun auf dem Ratschlag präsentieren zu können!

Hierfür sind immer viele Vorarbeiten notwendig. Die Buchhaltung hat sich gemeinsam mit Andreas (GF Finanzen) alle Mühe gegeben, die Zahlen alle überprüft diese Woche vorlegen zu können.

Für den Abschluss des Vorjahres muss sichergestellt sein, dass alle größeren Rechnungen und Forderungen erfasst sind, alle Erstattungsanträge (Fahrtkosten etc.) vorliegen, die Rechnungen aus dem Web-Shop erstellt sind, etc. Mit Projekten wird über mögliche Überträge gesprochen, für erwartbare Rechnungen müssen Rückstellungen definiert werden. Die Finanz AG konnte nach diesen Vorarbeiten am 20. März die Betrachtung des Haushaltsjahres 2013 abschließen.

Für einen Überblick der aktuellen Haushaltssituation für 2014 mussten zunächst alle Ein- und Ausgänge richtig gebucht werden, um dann in einem Controllingverfahren jedes Einzelbudget zu überprüfen.

2. Haushaltsabschluss 2013

Wir schließen den Haushalt 2013 mit einem Übertrag nach 2014 i. H. von 94.400 Euro ab.

Woher kommt diese gewaltige Summe? Sie speist sich zum einen aus einem sehr gut gelaufenen Weihnachtsmailing: Hier haben wir mehr als 60 TSD Euro Mehreinnahmen gehabt, als geplant. Im Dezember konnten wir auch endlich wieder höhere Mitgliedsbeiträge verbuchen, etwa 6.000 Euro über Plan. Dann konnten alle nicht ausgeschöpften Budgets aus 2013 aufgelöst werden: Allein die AGen hatten nur zwei Drittel ihrer Mittel verbraucht, auch bei den größeren Projekten waren Mittel i. H. von etwa 6.000 Euro übrig. Schließlich hatte auch die Verwaltung im Bundesbüro in den einzelnen Posten insg. 8.000 Euro eingespart. Insgesamt kommen wir somit auf die Summe von 94.400 Euro.

Haushalt 2014

Der Haushalt 2014 sieht nach unserem Controlling für Januar und Februar ein geplantes Defizit von 31.200 Euro vor. Die willkommene Minderung des Defizits von ursprünglich 43.000 Euro kommt aus: 2.800 Web-Shop Mehreinnahmen, 3.700 Ersparnis Personalkosten, 8.200 Euro Spenden/Beiträge über Soll.

3. Was bedeutet dies konkret?

Der Übertrag von 94.400 Euro geht nicht direkt in den Haushalt 2014 über. Folgende Posten müssen zunächst finanziert werden:

- a) An erster Stelle steht die Auflösung des für 2014 eingeplanten Defizits (Beschluss des Herbststratschlags) i. H. von jetzt noch 31.200 Euro.
- b) Erhöhung der Betriebsmittelrücklage von 30.000 Euro auf dann 60.000 Euro. Hierzu sind wir schon mehrfach durch unseren Steuerberater aufgefordert worden. Ziel ist es, im Falle einer Insolvenz oder unvorhergesehener Finanzprobleme zumindest zwei Monate lang laufende Verträge finanzieren zu können. (Notwendig wäre hierzu eine Rücklage von 100.000 Euro, die mittelfristig angestrebt wird.)
- c) Kosten für die Umsetzung der Tarifverhandlungsergebnisse des öffentlichen Dienstes. Die Gehaltsentwicklung im Büro ist per Betriebsvereinbarung an die Ergebnisse dieser Tarifverhandlungen gekoppelt. Bei einem Ergebnis, das etwa in der Mitte der jetzigen Forderungen liegt, werden im Personaletat zusätzliche 10.000 Euro benötigt.

Also:

94.400 Euro Übertrag
./ 31.200 Euro Defizit aktuell HH 2014
./ 30.000 Euro Betriebsmittelrücklage
./ 10.000 Euro Tariferhöhung

23.200 Euro freie Projektmittel

4. Verwendung der Projektmittel

Diese aktuell freien Projektmittel stehen nun für die politische Arbeit zusätzlich zur Verfügung. Die Finanz AG des KoKreises hat die Aufgabe, eingehende Finanzanträge zu prüfen und zu bewilligen. Bei Unklarheiten oder weiterem Beratungsbedarf bespricht sich die Finanz AG mit dem KoKreis.

Für die Finanz AG

Andreas van Baaijen, 26.03.2014